

Kernaussagen Klaus Dosch

Das Wichtigste im Überblick:

- Der bestehende Rechtsrahmen ist nicht auf die Ressourcenwende ausgelegt.
- Die Datengrundlage muss deutlich verbessert werden.
- Die Möglichkeiten des Privatrechts sollten konsequent genutzt werden.

"Wir werden uns auf den Lebenszyklus von Gebäuden konzentrieren müssen. Es ist unsere Aufgabe, das den Kommunen beizubringen."

"Was wir dringend brauchen, ist ein vernünftiges Baurecht für die Ressourcenwende. Das muss logischerweise nicht nur die Energie umfassen, sondern wir müssen uns Energie, Treibhausgase und Rohstoffe anschauen."

"Wir brauchen keine EnEV oder ein Gebäudeenergiegesetz, sondern eine ReNV, eine Ressourceneinsparverordnung oder ein Gebäuderessourcengesetz."

"Wir brauchen vor allem Möglichkeiten in der Bauleitplanung zur Grenzsetzung von Ressourcenverbräuchen. Das war eines der Kernprobleme bei unserem Siedlungsprojekt. Das haben wir privatrechtlich gelöst, in dem wir bereits beim Grundstückskauf ein Regelwerk festgeschrieben haben."

"Wir müssen außerdem Rebound-Effekte der Effizienz betrachten. Wir haben einige Bauvorhaben, die sind sehr energieeffizient. Allerdings wohnen dort zwei Leute auf 200 Quadratmetern. Das kann es nicht sein."

"Wir müssen beim Thema Lebensstil und Suffizienz ansetzen. Aber wir bohren schon dicke Bretter. Das ist ein noch dickeres Brett."

"Notwendig ist zudem ein adäquater Rechtsrahmen, der Schlupflöcher und Schönrechnereien vermeiden."

"Nicht zuletzt muss ein Architekt in der Lage sein, das nachzurechnen, was wir fordern. Wir haben in Deutschland mit der „Ökobaudat“ eine gute Datengrundlage. Aber die „Ökobaudat“ gibt uns leider keine Hinweise auf die Rohstoffanspruchnahme, wie wir sie beispielsweise beim VDI in der Richtlinie 4800 ff. definiert haben. Sie enthält leider auch keine Aussage über die Rezyklierfähigkeit oder den RC-Anteil der enthaltenen Stoffe."

"Bis die Juristen in den nächsten drei bis vier Dekaden ihre Rechtshausaufgaben gelöst haben, müssen wir die Möglichkeiten des Privatrechts konsequent nutzen. Das ist auch Kommunen mit etwas Mut möglich."

Jahreskonferenz 2019

8. Mai 2019

